

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Leipsch & Reichardt in Dresden.

**Besand-Veränderung**  
Die bei jeder Preisänderung...  
Preisänderung...  
Preisänderung...

**Kunzeigen-Zarif.**  
Annahme von Anzeigen...  
Anzeigen...  
Anzeigen...

Für Feinschmecker  
**Lebeck's**  
Marke: Dreiring

Fondant-Chocolade  
Rahm-Chocolade  
Bitter-Chocolade  
Cacao  
Dessert

per Tafel 50 Pf.  
per 1/2 Kg. Dose 2.40 M.  
per Carton 2.3 u. 4 M.

Telegraphen-Adresse: Nachrichten Dresden.  
Fernsprecher: 11 \* 2096 \* 3601.

Hauptgeschäftsstelle:  
Marienstraße 38/40.

**Beleuchtungs-Gegenstände**  
für jede Lichtart.  
Anfertigung kunstgewerblicher Beleuchtungs-Körper.  
Größte Auswahl. Viele Referenzen.  
**Julius Schädlich**, Kronleuchter-Fabrik.  
Am See 16. Fernsprecher 1136.

**Buchholz-Hüte**  
sind von  
**bekanntester Güte**  
nur **Wettinerstrasse** 21

**Gegen Korpulenz**  
Lösen-Apotheke, Dresden, Altmarkt.

**Tuchwaren.** Grossartige Auswahl hoch aparter Neuheiten in deutschen u. engl. Qualitäten, streng solide Ware, ausserordentlich billige Preise. **C. H. Hesse Nchf.,** Marienstr. 20, 3. Etage.

## Für eilige Leser.

**Mutmaßliche Witterung:** Südwestwinde, kühl, kein erheblicher Niederschlag.  
Der Kaiser trifft zum üblichen Aufenthalt am 15. Mai in Wiesbaden ein.  
Die Ernennung des Herzogs Adolf Friedrich von Mecklenburg zum Gouverneur von Deutsch-Ostafrika steht in fester Aussicht.  
Die Petitionskommission des Reichstages hat der Reichregierung eine Eingabe um reichsrechtliche Regelung des Irrenwesens und Schutz gegen unbegründete Einweisung überwiesen.  
In der Strafrechtskommission sind neue Strafbestimmungen über Majestätsbeleidigungen, Wahlvergehen und andere Vergehen festgesetzt worden.  
In der bayerischen Kammer kam es gestern abermals zu heftigen Austritten zwischen Zentrum und Liberalen.  
Der Streik im Schneidergewerbe ist beendet. Am nächsten Dienstag wird im ganzen Reiche die Arbeit wieder aufgenommen werden.  
In Putschau kam es wegen der Zopffrage zu einem schweren Zusammenstoß zwischen zwei kaiserlichen Regimentsführern, bei dem über 100 Soldaten getötet wurden.

## Ostmarkenpolitik.

Alles Flehen und Bitten hat Herrn Kräfte nichts genützt, die Mehrheit der Polenfreunde im deutschen Reichstage hat die Ostmarkenzulage gestrichen. Zehntausend deutsche Reichsbeamte werden dadurch mit einem Schlag einer Zulage beraubt, die sie jahrelang erhalten haben, und als der Staatssekretär auf die Tatsache hinwies, daß die Streichung dieser Zulage kurz vor dem 1. April für die Beamten eine ungeheure wirtschaftliche Härte bedeute, antworteten ihm die Sozialdemokraten mit schallendem Gelächter. Das sind dieselben Leute, die sich im Wahlkampf als die Freunde der unteren und mittleren Beamten aufspielen. Unsere Beamten wissen sehr wohl, was sie von diesen „Freunden“ zu halten haben. Jeder Kenner der Ostmarken weiß, wie schwer der Dienst in den gemischtsprachigen Provinzen ist, dazu kommen andere Schwierigkeiten, die in den nationalen Gegenden des Ostens ihre Erklärung finden. Die bisherige Zulage war nichts als ein Ausgleich für die Vorteile, die die Reichsbeamten in den reindeutschen Gegenden genießen. Durch ihren Wegfall hat man einen ungerechten Zustand geschaffen, der in der Reichsbeamtenenschaft des Ostens viel böses Blut machen muß. Dazu kommt, daß die preussischen Beamten die Zulage nach wie vor erhalten werden. Die Reichsbeamten werden also schwer benachteiligt.  
Gewiss hängt von der Ostmarkenzulage allein nicht das Wohl und Wehe des heimatverlassenen deutschen Ostens ab. Aber die Ablehnung dieser Zulage vom „deutschen“ Reichstage ist ein Symptom unserer Zeit; sie drückt dem Parlament des Jahres 1912 die Signatur auf. Der sinnlose Wahlkampf hat dahin geführt, daß die Rechte und die Liberalen in der Minderheit sind gegenüber Sozialdemokraten und Zentrum. Wehe, wenn diese Konstellation erst im preussischen Parlamente die Mehrheit hat, dann werden die letzten Dämme gegen die polnische Hochflut eingerissen werden und die Slawisierung des deutschen Ostens ist nicht mehr aufzuhalten.  
Mit Spannung blickt das deutsche Volk auch außerhalb Preussens auf die Regierung in Berlin. Seit Bethmann-Hollweg Reichskanzler ist, haben die Gerüchte nicht versummen wollen, daß ein neuer Polenkurs à la Caprivi im Anzuge sei. Der Reichskanzler ist diesen Gerüchten seinerzeit energisch entgegengetreten, sein „nunquam retrorsum“ ist noch in aller Erinnerung. Bald jährt es sich zum dritten Male, daß Bethmann-Hollweg das Kanzleramt übernahm. Drei Jahre wartet das deutsche Volk auf eine Tat in der Ostmarkenpolitik, wartet auf die Einlösung des Kanzlerwortes. Es ist still geblieben, und aller Männer mühten weichen, der preussische Landwirtschaftsminister von Arnim, der Oberpräsident von Polen, von Waldow, zwei Männer, die heiss für eine tatkräftige Ostmarkenpolitik eingetreten sind. Ausdrücklich aber wurde immer wieder betont: Der Kurs bleibt der alte. Um die öffentliche Meinung zu beruhigen, erklärte die Regierung,

es sei noch genug Land zur Ansiedlung vorhanden. Dieser hat man dieser Versicherung Glauben geschenkt, jetzt aber muß man anderer Meinung werden.  
Die vorliegende Denkschrift der Ansiedlungskommission läßt klar erkennen, daß die Ansiedlungspolitik vor ihrem Ende steht, wenn nicht ein neuer Weg, der geschäftlich bereits festgelegt ist, eingeschlagen wird. Es ist einfach nicht mehr möglich, aus polnischer Hand Land zu erwerben, die Tätigkeit der Ansiedlungskommission hat sich darauf beschränken müssen, deutschen Großgrundbesitz anzukaufen und aufzuteilen. Aber auch hier sind Grenzen gezogen; im Jahre 1911 konnten nur 9000 Hektar angekauft werden gegen 15 000 Hektar im Jahre 1910. Diese Ziffer wird vermutlich noch erheblich sinken. Zurzeit verfügt die Kommission noch über 15 000 Hektar. Dieses Land ist aber wegen der notwendigen Vorarbeiten nicht vollständig noch in diesem Jahre zu besiedeln, die Zahl der Angesiedelten wird immer mehr zurückgehen. Im Gegensatz dazu steigt die Zahl der Ansiedlungslustigen von Jahr zu Jahr, nicht weniger als 8181 Ansiedlungsgesuche lagen im Jahre 1911 vor, 1443 Stellen konnten aber nur vergeben werden.  
Die Regierung scheint mit geschlossenen Augen an diesen Zahlen vorüberzugehen. Der Osten Deutschlands ist das Zukunftsland unseres Volkes; es ist ein schwerer Irrtum, zu glauben, daß das Land östlich der Elbe niemals in der Lage sein würde, die gleiche Bevölkerungsdichte zu erreichen wie der Westen. Die rapide Bevölkerungszunahme der polnischen Gebiete Preussens, die alljährlich große Volksmengen abgeben können, ohne die Entwicklung der Bevölkerungsdichtigkeit ungenügend zu beeinflussen, zeigt, welch unerhöfliches Volkserbe die preussische Osten sein kann. Es lebt im deutschen Volke ein unheilbarer Panthosm, der Sohn des Ansiedlers, der Sohn des Bauern, des Landarbeiters will Bauer werden. Wo nur im Deutschen Reiche eine tatkräftige Innenkolonisation eingeleitet hat, da drängen sich die Ansiedlungslustigen in Tausenden heran, aber nur ein Bruchteil kann betriebligt werden. Und die übrigen? Sie wenden der Landwirtschaft den Rücken, werden städtische Arbeiter, oder wenn in ihnen die Liebe zur Landwirtschaft doch größer ist, dann wandern sie aus, um in Kanada oder Nordamerika britischer oder anglo-amerikanischer Kulturträger zu werden. Die Landflucht, über die jetzt so viel geklagt wird, hat ihre Hauptursache in der Tatsache zu suchen, daß es dem landwirtschaftlichen Nachwuchs unmöglich gemacht wird, Land zu erwerben. Land aber ist noch in Hülle und Fülle vorhanden. Der dünn besiedelte deutsche Osten kann bequem die doppelte Zahl von selbständigen Landwirten ernähren, die landwirtschaftliche Produktion würde in denselben Maße wachsen und die jetzt tatsächlich drohende Gefahr der Uebersättigung könnte auf lange Jahre hinaus beseitigt werden.  
Statt dessen geht der Geburtenüberschuß des kassen Landes rettungslos in der Großstadtbevölkerung auf. Rund 300 000 Seelen gibt allein die preussische Landbevölkerung jährlich an die Großstädte ab, ohne dafür den geringsten Ersatz zu erhalten. Immer widerstands-unfähiger wird der deutsche Osten, immer mehr drängen die Polen vor. Das Deutschstum befindet sich längst in der Defensive, die Polen sind überall die Angreifenden. Sie haben sich eine gewaltige Organisation des Sparweins, der Kapitalbeschaffung, des Landerwerbes und der Besiedlung geschaffen, ein bewundernswertes Genossenschaftswesen kommt aus dem kleinsten Stellenbesitzer aus, und so schiebt sich in langsamer, aber zäher Arbeit das polnische Volkstum immer weiter und weiter nach dem Westen vor. Viel Boden im Osten, der nominell noch deutsch ist, ist bereits slawisch unternommen worden, die Gefahr ist groß. Die vielen tausend deutschen Bauernsöhne des Ostens, die gern in ihrer Heimat bleiben möchten, und die einen unerschütterlichen Willen gegen das Polentum bilden würden, müssen abwandern, der große deutsche Osten hat keinen Platz für deutsche Bauern mehr.  
Zwei Mittel hat die Regierung in der Hand, um diese gefahrvolle Entwicklung aufzuhalten, das oft verlangte und oft versprochene Parzellierungsrecht und das Enteignungsrecht. Noch ist es Zeit, noch kann der Osten dem Deutschstum nicht nur behauptet, sondern auch eine Quelle unverfälschter Volkskraft werden. Was wird die Regierung tun? Der erste Ansturm der polenfreundlichen Majorität des Reichstages hat mit einem Siege der Polen geendet. Der warme Appell des konservativen Grafen Westphal an das Zentrum war vergebens. Dem

ersten Ansturm wird bald der zweite folgen. Vorläufig ist das preussische Parlament noch eine feste Schranke gegen derartige polenfreundliche Anträge, ob aber auf die Regierung der gleiche Verfall ist, muß leicht immerhin fraglich erscheinen. Die unklare, ägernde Haltung der Berliner Regierung gibt zu den schlimmsten Behauptungen Anlaß; überall ein Schwanken, nirgends ein fester Halt, ein fester Wille. Wie sagt doch Goethe:  
„Der Mensch, der zur schwankenden Zeit auch schwankend gesteht ist,  
Der verwehret das Nebel und breitet es weiter und weiter,  
Aber wer fest auf dem Sinne beharrt,  
Der bildet die Welt sich.“

**Neueste Drahtmeldungen**  
vom 29. März.  
**Neue Strafrechtsbestimmungen.**  
Berlin. (Priv. Tel.) Die Strafrechtskommission hat die Vor schläge des Vorparlamentes zum dritten Abschnitt des besonderen Teils, der von den Verbrechen und Vergehen gegen die Unverletzlichkeit des Staatsoberhauptes handelt und künftig die Verbrechen „Majestätsbeleidigungen“ tragen soll, im wesentlichen gebilligt. Eine wichtige Änderung liegt in der Streichung der Bestimmung des Vorparlamentes, wonach die Majestätsbeleidigung als Ehrverletzung auch strafbar ist, wenn die für Majestätsbeleidigungen geltende kurze Strafjahrsfrist von 6 Monaten abgelaufen ist. Die Strafandrohung für Majestätsbeleidigungen in dieselbe geblieben, wie im Vorparlament, mit der Maßgabe, daß die Frist durch Einschließung erfüllt wurde. Die Vorschriften über Täuschungen gegen den Staat und andere Verbrechen in diesem Abschnitt unverändert übernommen. Die Strafandrohung ist dagegen geändert: Neben Zuchthaus und Gefängnis ist, dem früher mitgeweiteten Reichsrecht entsprechend, Weisung als Vorstrafe vorgesehen. Bei mildernden Umständen wird neben Gefängnis auch Weisung angedroht. Die Bestimmungen der Zuchthausstrafe ist bei Täuschungen gegen Mitglieder eines bundesfürstlichen Hauses auf 10 Jahre festgesetzt worden. Am Abchnitt „Verbrechen und Vergehen in Beziehung auf die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte“ ist bestimmt, daß die Wahlberechtigung strafbar sein soll, nicht nur, wenn Vorrechte versprochen, gewährt oder angenommen oder gefordert, sondern auch, wenn sie lediglich angeboten oder gefordert werden. Die Vorschriften über Wahlberechtigung, Wahlberechnung und Wahlordnung soll auf alle Staaten der gleichberechtigten Verfassungen und der öffentlichen Körperschaften, sowie auf staatliche Behörden anzuwenden sein. Bei Wahlberechtigung und Wahlberechnung soll das Wahlrecht die Befugnis haben, dem Täter das aktive und passive Wahlrecht in öffentlichen Anstellungen, sowie die Ausübung anderer öffentlicher Rechte auf die Dauer von 5 Jahren abzusprechen. In den Abschnitten über Verbrechen und Vergehen gegen ausländische Staaten ist einschlägig worden, daß Verbrechen und Vergehen, die gegen ein fremdes Staatsoberhaupt begangen werden, auch dann im Inland bestraft werden, auch ohne daß die Gegenstände der Verbrechen oder ein Staatsantrag gestellt ist, verfolgt werden können. Die Bestimmungen über den Widerstand gegen die Staatsgewalt sind dahin ausgedehnt worden, daß der den Vollstreckungs- und sonstigen Beamten gewährte Schutz auf die zum Feldzugs berufenen Beamten ausgedehnt wird; ferner ist kürzere Strafen dafür getroffen, daß der Widerstand gegen die Staatsgewalt eines ausländischen Staates auf Antrag der ausländischen Regierung verfolgt werden kann, falls die Gegenstände der Verbrechen in dem betreffenden Lande sich auf den in der Rechtsprechung herrschenden Standpunkt gestellt, daß eine Handlung nur dann als Widerstand strafbar ist, wenn der Beamte sich in rechtmäßiger Amtsausübung befand, daß es andererseits aber unerschütterlich ist, daß der Täter fälschlich annahm, der Beamte handle unrechtmäßig. Eine neue Bestimmung ist im Abschnitt über die Vorschriften über Gefangenenbefreiung vorgesehen. Diese bedroht mit Strafe den, der einen Gefangenen befreit oder dessen Entweichen befördert. Sie bezieht sich also nur auf die Befreiung von Gefangenen. Am allgemeinen Teil sind jedoch verschiedene Freiheitsentziehungen vorgesehen, zum Beispiel Unterbringung in Irrenheilstätten, Verwahrung in öffentlichen Heil- und Pflegeanstalten, Verwahrung in öffentlichen Ferienheimen, die nicht ohne weiteres als Gefangene gelten können. Das nicht ohne weiteres als Gefangene geltende bestimmte Maßnahmen zu: die Unterbringung von Verurteilten in Anstalten. In Fällen dieser Art erlischt die Befreiung der untergeordneten Personen der Kommission ebenso freiwillig, wie bei den Gefangenen im eigentlichen Sinne. Eine neue Vorschrift droht deshalb Gefangenen bis zu einem Jahre oder Geldstrafe bis zu 2000 Mark wegen den an, der außer dem Rahmen der einschlägigen Befangenheitsbestimmungen vorzüglich eine auf behördliche Anordnung in einer Anstalt verwehrt Person befreit oder ihr Entweichen befördert.

COGNAC J. B. F. R. O. W. wird von den vielen erprobten Belegen und Gütern der Welt nicht...